

TOP 1.) Rechnungsabschluss 2007; Beratung und Beschlussfassung
(AZ 900-4)

Der Bürgermeister legt dem Gemeinderat den Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Finanzjahr 2007 zur Kenntnisnahme und Genehmigung vor.

Dieser wurde gemäß den Bestimmungen der OÖ. GemO vom Prüfungsausschuss am 03.03.2008 geprüft und durch 2 Wochen zur allgemeinen Einsicht beim Gemeindeamt aufgelegt. Weiters erfolgte bereits eine Prüfung durch die BH Schärding am 28.02.2008. Der Kassenführer bringt sodann dem Gemeinderat den Rechnungsabschluss in allen seinen Teilen mit Hinweis auf das Ergebnis der wirtschaftlichen Betriebe zur Kenntnis:

Die Jahresrechnung des

ORDENTLICHEN HAUSHALTES weist bei

Einnahmen von	€	2.506.133,05
und Ausgaben von	€	2.562.216,01
einen Soll-Fehlbetrag von	€	56.082,96
aus.		

Im AUSSERORDENTLICHEN HAUSHALT

wurden Einnahmen von	€	321.020,08
und Ausgaben von	€	568.861,16
somit ein Abgang von	€	247.841,08
verbucht.		

Die Soll-Ergebnisse der einzelnen Vorhaben sind im Rechnungsabschluss verzeichnet.

An Verbindlichkeiten der Gemeinde stehen am Ende des Finanzjahres € 955.068,30 zu buche. Nach Abzug der die Gemeinde nicht belastenden Darlehen in Höhe von € 380.659,88 verbleibt ein Gesamtschuldenstand von € 574.408,42. Die Vermögensrechnung zeigt vor allem auf Grund von Abschreibungen einen Rückgang auf € 3.850.482,87 am Ende des Finanzjahres 2007.

Bgm. Bauer weist auf die bereits zugesagten BZ Mittel für den außerordentlichen Haushalt hin, wodurch sich der ausgewiesene Abgang um rund € 140.000,-- vermindern wird. Weiters erinnert er den Gemeinderat an die erhöhten Ausgaben im Jahr 2007 für den Kindergarten und die Gastschulbeiträge. GR Demmelbauer bemängelt in einer Wortmeldung die geringen Zuteilungen an Bedarfszuweisungsmittel durch das Land Oberösterreich.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen stellt VzBgm. Demelbauer den Antrag, dem vorliegenden RA die Genehmigung zu erteilen.

Der Bürgermeister lässt hierüber mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

TOP 2.) Prüfbericht der BH.Schärding zum Haushaltsvoranschlag 2008
(AZ 900-2-2008)

Die Bezirkshauptmannschaft Schärding hat den Haushaltsvoranschlag 2008 im Namen der Landesregierung daraufhin überprüft, ob dieser den hierfür geltenden Vorschriften

entspricht. Dabei wurde der Gemeindevoranschlag auch auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit hin überprüft. Das Prüfungsergebnis wurde dem Gemeindeamt mit Erledigung vom 11.2.2008, Gem60-1-30-2008-Be, übermittelt, welche dem Gemeinderat mit entsprechenden Erläuterungen vom Bürgermeister im Sinne der Bestimmungen des § 99 Abs. 2 Oö.GemO 1990 vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht wird.

Das Prüfungsergebnis wird vom GR in der vorgetragenen Fassung ohne Herbeiführung eines Beschlusses zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 3.) Bericht des Obmannes des Ausschusses für Bau- u. Straßenbauangelegenheiten, für Angelegenheiten der örtl. Raumplanung, der Ortsgestaltung sowie örtlicher Umweltfragen bzgl. Beratungsergebnisse vom 12.2.2008
(AZ 004-40/12)

Der Bericht von Obmann GR.Buchinger über die Beratungsergebnisse der nicht öffentlichen Sitzung vom 12.2.2008 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 4.) Neuerrichtung von Gehsteigen:
a) an der Andorferstraße; Baubeschluss
(AZ 616-4/2)

Der Bürgermeister erläutert an Hand eines Lageplanes das geplante Gehsteigprojekt, welches in einer Länge von rund 130 lfm vom dzt. Ausbauende im Bereich der Liegenschaft Andorfer-Straße 17 (Haus Macherhammer) bis zum Siedlungsgebiet Briglauer weitergeführt werden soll. Der Bürgermeister begründet die Notwendigkeit des Gehsteigbaues und gibt die Kosten hierfür mit rund € 29.000,-- bekannt. Dieses Projekt wird sowohl mit einem Baukostenzuschuss in Höhe von 30 % des Straßenbaureferenten LH.Stv.Hiesl sowie laut Zusage von LR.Dr.Stockinger vom 28.11.2007 mit BZ-Mittel gefördert.

GV.Hörmanseder bestätigt die Notwendigkeit des Gehsteigbaues auf Grund der durch die Schließung der EK und den Bau der Griesbacher-Straße geänderten Verkehrssituation und beantragt dazu die Herbeiführung des erforderlichen Baubeschlusses. Er wird in dieser Meinung sowohl von GV.Ertl als auch von VzBgm.Demelbauer unterstützt, welcher die Prüfung der Möglichkeit für die Errichtung von Privatparkplätzen für die do. Hausbesitzer empfiehlt. GR.Greifeneder verweist auf die bestehenden Parkplatzprobleme in diesem Straßenabschnitt und befürchtet, dass diese mit diesen Maßnahmen auch in Zukunft nicht behoben werden können.

Der Vorsitzende lässt schließlich über den eingebrachten Antrag von GV.Hörmanseder mit Handzeichen abstimmen. Das Ergebnis zeigt die die 1-stimmige Annahme.

b) an der Wildhager-Gde.Straße; Genehmigung des 1.Fin.Planes
(AZ 616-4/2)

Die Gemeinde hat bereits jetzt im Einvernehmen mit dem Land Oö. einen Antrag um Gewährung von BZ-Mittel für das HH-Jahr 2009 sowohl für die Errichtung eines Gehsteiges an der Wildhager-Straße als auch an der Andorfer-Straße, deren Asphaltdecke nach Beendigung der Kanalbauarbeiten erneuert werden soll, eingebracht. Mit Erledigung der Direktion für Inneres und Kommunales vom 25.3.2008, Zl. IKD(Gem)-311321/302-2008-Ba, wird von der Aufsichtsbehörde vorgeschlagen, die Gesamtkosten von € 146.500,-- mit einem Anteilsbetrag aus dem OHH von insgesamt € 32.700,--, mit bereits zugesicherten

Landesförderungsmittel von € 40.000,--/Straßenref. und € 10.300,--/Verk.Ref. sowie mit BZ-Mittel von € 63.500,-- zu finanzieren. Dazu liegt dem GR der Entwurf eines gleichlautenden 1.Finanzierungsplanes vor, der vom Bürgermeister vollinhaltlich vorgetragen und erläutert wird.

GR.Macherhammer begrüßt die Realisierung dieser Baumaßnahmen und beantragt, den zur Kenntnis gebrachten Finanzierungsentwurf, der dieser Verhandlungsschrift als Beilage 1) angeschlossen ist, mittels Beschluss zu genehmigen.

Die mit Handzeichen durchgeführte Abstimmung zeigt die 1-stimmige Annahme.

TOP 5.) Zufahrt „In der Zeile“; Widmungs- und Einreihungsverordnung
(AZ 612-01/3-3)

Zu diesem TOP liegt der Vermessungsplan des DI Josef Wagneder vom 13.09.2007, GZ 4391/07, vor, demzufolge die darin ausgewiesenen Teilflächen 2,3 sowie 5 bis 12 mit einem Gesamtausmaß von 634 m² der öffentlichen Wegparzelle 908/2, KG.Zell/Pram, zugeschrieben werden sollen. Dem Plan ist die Zustimmungserklärung der Grundeigentümer angeschlossen, womit dieses bisher im Privatbesitz befindliche Straßenstück an das öffentliche Gut der Gemeinde abgetreten wird.

Dazu liegt dem GR auch der Entwurf einer Verordnung über dessen Widmung für den Gemeingebrauch und dessen Einreihung in die Straßenkategorie „Gemeindestraße“ zur Beratung und Genehmigung vor. Die Planunterlagen wurden durch 4 Wochen beim Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt, worüber neben der Verständigung der durch diese Maßnahme unmittelbar berührten Grundeigentümer die Kundmachung vorliegt.

Schriftliche Anregungen oder Einwendungen wurden dazu nicht eingebracht.

Nach vollinhaltlicher Verlesung des Verordnungsentwurfes, welcher dieser Verhandlungsschrift als Beilage 2) angeschlossen ist, beantragt GR.Zallinger, den ggst. Entwurf zum Beschluss zu erheben. Die mit Handzeichen durchgeführte Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme.

TOP 6.) Flurbereinigungsbereich Griesbacher Landesstraße; Verordnung über die Einreihung bzw. Auflassung öff. Straßen; Grundsatzbeschluss
(AZ 612-01/4)

Die Agrarbezirksbehörde für Oö. übermittelte mit Erledigung vom 7.3.2008, ABL-101031/155-2008-Hol, einen Wegenetzplan und ersucht diese im Sinne der maßgeblichen Bestimmungen des Oö.Flurverfassungsgesetzes 1979 um die Erlassung einer straßenrechtlichen Verordnung dahingehend, dass die im Flurbereinigungsbereich Griesbacher-Straße entbehrlich gewordenen Straßen bzw. Straßenteilstücke als öffentliche Straße aufgelassen, und die im Plan „rot“ dargestellten Grundstücksflächen als Verkehrsflächen der Gemeinde für den Gemeingebrauch gewidmet und in die Straßenkategorie „Güterwege“ eingereiht werden.

Der Bürgermeister erläutert den vorliegenden Wegenetzplan und empfiehlt im Sinne des ggst. Ersuchens das straßenrechtliche Verfahren zur Neuordnung des Wegenetzes einzuleiten. GV.Ertl schließt sich der Meinung des Vorsitzenden mit einem gleichlautenden Antrag an, der in der offen durchgeführten Abstimmung 1-stimmig angenommen wird.

TOP 7.) VFI d.Gde.Zell/Pram & Co KG; Antrag auf Gewährung eines Liquiditätszuschusses (KG-2/15-2008)

Der GR hat sich mit Beschluss vom 24.8.2006 bereiterklärt, durch Gesellschafterzuschüsse für eine ausreichende Liquidität der VFI d.Gde.Zell/Pram & Co KG zu sorgen, deren Höhe sowie Auszahlungszeitpunkt jeweils bei Entstehen des Bedarfes beschlossen werden wird.

In diesem Sinne liegt dem GR ein Antrag vom 26.2.2008 vor, mit dem um die Flüssigmachung eines Liquiditätszuschusses in Höhe von € 10.600,-- für das Haushaltsjahr 2008 ersucht wird. Der Bürgermeister begründet die Notwendigkeit des Zuschusses und befürwortet dessen Anweisung. GR.Dick bestätigt mit Hinweis auf die im Voranschlag genehmigten Ausgabenkredite den Finanzbedarf und beantragt, den Liquiditätszuschuss in der beantragten Höhe zu genehmigen.

Die dazu durchgeführte offene Abstimmung zeigt die 1-stimmige Annahme.

TOP 8.) ISG-Wohnung Nr. 4 Am Wassen-Süd 17; Vergabebeschluss

Die ISG hat mit Schreiben vom 25.2.2008 mitgeteilt, dass die ggst. Wohnung mit 1.6.2008 neu vermietet wird und ersucht diese um die Übermittlung eines Vergabevorschlages des Gemeinderates.

Dazu liegen folgende 7 Bewerbungen, gereiht nach dem Tag der Einbringung, vor:

- 1 Oberwagner Maria, Mühlbachstraße
- 2 Hackenbuchner Romana, Riedau
- 3 Gumpoltsberger Cornelia, Krena
- 4 Flotzinger Christoph, Hochfeld
- 5 Hellwagner Marco, Prof.J.Furthner-Straße
- 6 Riedl Susanne, Point
- 7 Fröller Roswitha, Wels

Nach erfolgter Beratung und Begutachtung der Bewerbungsbögen beantragt GR.Schmidleitner schließlich, dem Bewerber Christoph Flotzinger mit Wirkung 1.6.2008 die Wohnung zuzuweisen. Die mit Handzeichen durchgeführte Abstimmung zeigt die 1-stimmige Annahme.

TOP 9.) ISG-Eigentumswohnung Nr.4 d.Gde. in Hofmark 14; Vergabebeschluss (AZ 846-40/1)

Der dzt. Mieter, Herr Friedrich Kumpfmüller, ist am 7. Februar d.J. verstorben, sodass die Wohnung nach deren Räumung wieder vermietet werden soll.

Dazu liegen dem GR folgende zwei Bewerbungen, gereiht nach dem Tag der Antragstellung, vor:

- 1 Gföllner Verena, St.Wilibald
- 2 Reitinger Annemarie, Raab

Der Bürgermeister informiert über die Bedingungen des abzuschließenden Mietvertrages und empfiehlt, auf Grund des geringen Bewerberkreises die ggst. Wohnung neuerlich auszuschrei-

ben. GR.Hellwagner A. schließt sich dieser Empfehlung mit einem gleichlautenden Antrag an, der in der offen durchgeführten Abstimmung einhellig angenommen wird.

TOP 10.) Dienstbarkeitsvertrag für Löschteich Oberndobl zwischen
d.Gemeinde Zell/Pram und Fam.Reininger, Dobl 1
(Fp-213/23)

Dem GR liegt der Entwurf eines Dienstbarkeitsvertrages zwischen der Gemeinde Zell an der Pram und den Ehegatten Johann und Anna Reininger, Dobl 1, zur Sicherung der Löschwasserversorgung für den Bereich Oberndobl vor. GR.Doblinger bestätigt dem auf dem Grundstück 2531 der KG.Oberndobl befindlichen Gewässer, welches vor einiger Zeit sachgerecht saniert wurde, die Eignung als Löschteich und beantragt, dem vollinhaltlich vorgetragenen Entwurf des Dienstbarkeitsvertrages mittels Beschluss zu genehmigen. Der Antrag erfährt in offener Abstimmung die allgemeine Zustimmung.

TOP 11.) Gemeindeförderung f. landw. Betriebshelfer; Verlängerung
(AZ 748-2)

Der GR hat mit seinem Beschluss vom 31.3.2005 als alternative Förderung der örtlichen Landwirte einer Einsatzstundenförderung bei Inanspruchnahme einer Betriebs- bzw. Haushaltshilfe durch Übernahme von 50 % des Selbstbehaltes zugestimmt und diese vorerst für die Dauer 1 Jahres befristete Förderaktion zuletzt mit seinem Beschluss vom 29.3.2007 um ein weiteres Jahr verlängert.

Mit ihrem Antrag vom 28.2.2008 ersucht nunmehr die Ortsbauernschaft um die Verlängerung dieser Aktion um ein weiteres Jahr und erinnert an ihr Anliegen um die Gewährung einer Niederlassungsprämie für Jungübernehmer.

Nachdem der Bürgermeister den durchschnittlichen Jahresaufwand der letzten drei Jahre mit € 120,-- bekanntgegeben hat, beantragt GV.Zweimüller mit entsprechenden Begründungen, diese Förderaktion um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Der Bürgermeister verweist hinsichtlich der Gewährung einer Niederlassungsprämie auf die bestehende Problematik deswegen, weil auch Übernehmern von Gewerbebetrieben keine Gemeindeförderung gewährt wird und lässt sodann über den Antrag von GV.Zweimüller mit Handzeichen abstimmen. Das Abstimmungsergebnis zeigt die 1-stimmige Annahme.

TOP 12.) Grundsatzbeschluss zur finanziellen Mitbeteiligung der Gemeinde am
Umbau der LBZ-Turnhalle als örtliches Veranstaltungszentrum
(Fin-250)

Der Bürgermeister informiert die Mitglieder des GR von der Absicht des Landes Oö., das LBZ Schloss Zell/Pram auch aus Wettbewerbsgründen mit ähnlichen Bildungseinrichtungen den aktuellen touristischen Anforderungen entsprechend zu adaptieren, und erläutert an Hand des von der Abt.GMB des Landes Oö. am 7.2.2007 verfassten Masterplanes (Mag.Menschhorn) die Ausbaupläne insbesondere der stark sanierungsbedürftigen Turnhalle sowie des Kulturkellers. Demnach soll die Turnhalle nach deren Neugestaltung den örtlichen Vereinen, der Gastronomie als auch der Pfarre als Veranstaltungszentrum zur Verfügung gestellt werden. Die geschätzten Kosten für die Umgestaltung der Turnhalle belaufen sich laut Auskunft des Landes auf ca. € 2,0 Mil, und soll für deren Finanzierung ein einvernehmlicher Aufteilungsschlüssel zwischen Land, Gemeinde und Pfarre, welche in die weiteren Beratungen eingebunden werden soll, ausverhandelt werden. Das Projekt soll in etwa 3-4 Jahren realisiert und den Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Er verweist auf die positive Stellungnahme von LR.Dr.J.Stockinger, der damit eine

Möglichkeit zur besseren Auslastung dieser Bildungseinrichtung sieht. Er hat daher der Gemeinde die Übernahme der Planungskosten zugesichert.

Der Vorsitzende erachtet es daher als notwendig, einen entsprechenden Grundsatzbeschluss des GR über die finanzielle Mitbeteiligung der Gemeinde als Voraussetzung für die fristgerechte Realisierung herbeizuführen und verweist auf das Angebot der Architektengruppe, das ggst. Projekt den Mitgliedern des GR über deren Wunsch zu präsentieren und zu erläutern. Nachdem der Vorsitzende auch von VzBgm. Demelbauer mit begründeten Argumenten unterstützt wird, bringt schließlich EM. Hellwagner den Antrag auf finanzielle Mitbeteiligung der Gemeinde ein. Dieser Antrag wird mit Handzeichen 1-stimmig angenommen.

TOP 13.) Öffentl. Ausschreibung der Stelle des /der Leiters/Leiterin
des Gemeindeamtes; Beschlussfassung
(AZ 011-50/10)

AL Rudolf Friedl hat im Sinne der Bestimmungen des § 105 Abs.1 des Oö. Gemeindebedienstetengesetzes 2001 seine Absicht erklärt, nach Erreichung des gesetzlichen Pensionsanspruches mit Ablauf des 31. August 2008 aus dem bestehenden Dienstverhältnis zur Gemeinde Zell an der Pram ausscheiden zu wollen.

Diese vakante Stelle ist daher mit Wirkung 1. September 2008 nachzubesetzen.

Die Stellenausschreibung ist vom Gemeinderat zu beschließen und hat diese im Sinne der Personal-Objektivierung den Kriterien des Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetzes 2002 bzw. des Oö. Gemeindebedienstetengesetzes 2001 zu entsprechen. Sie ist ortsüblich durch Anschlag an der Amtstafel und darüber hinaus auch in der Amtlichen Linzer Zeitung zu veröffentlichen.

Dem GR liegt dazu der Entwurf einer entsprechenden Kundmachung vor, welche dieser Verhandlungsschrift als Beilage 3) angeschlossen ist. Diese wird vom Bürgermeister vollinhaltlich vorgetragen und erläutert.

VzBgm. Demelbauer bestätigt deren Übereinstimmung sowohl mit den gesetzlichen Ausschreibungskriterien als auch mit den Intentionen des Gemeinderates und beantragt deren beschlussmäßige Genehmigung. Der Bürgermeister empfiehlt, auf die ggst. Stellenausschreibung auch in der Rieder Rundschau hinzuweisen und lässt sodann über den eingebrachten Antrag mit Handzeichen abstimmen. Das Ergebnis zeigt die 1-stimmige Annahme.

TOP 14.) Bürgerinitiative gegen Handymasten; Beratung
(Bau/A – 01/2008)

Der örtlichen Baubehörde wurde die Absicht zur Errichtung einer Handymaststation im Bereich des Lagerhauses Mitterecker angezeigt.

Dazu liegt dem GR die Unterschriftenliste einer Bürgerinitiative vor, worin sich die rund 340 Unterzeichneten überwiegend wegen gesundheitlicher Bedenken gegen die Errichtung eines weiteren Handymastens im Ortsgebiet von Zell aussprechen. Der Bürgermeister hat in dieser Angelegenheit die Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik des Amtes der Oö. Landesregierung kontaktiert, und wird am 8.4.2008 im Gemeindeamt ein Informationsabend für die Mitglieder des GR, für die von der geplanten Handymaststation betroffenen Grundnachbarn als auch für die Initiatoren der Bürgerinitiative veranstaltet. Dabei wird Herr Ing. Schlöglhofer über standortspezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung der geplanten Mobilfunkanlage referieren, und für die Beantwortung allfälliger Fragen zur Verfügung stehen.

Der Schriftführer verweist dazu auf die ausschließlich auf Fragen des Orts- und Landschaftsbildes beschränkten Kompetenzen der örtlichen Baubehörde. Der Schutz des Lebens und der Gesundheit der Nachbarn durch die Errichtung und den Betrieb einer Mobilfunkanlage fällt

jedoch ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundes, und ist damit eine Baurechtskompetenz des Landesgesetzgebers und damit der örtlichen Baubehörde definitiv ausgeschlossen.

Der Bürgermeister informiert abschließend darüber, dass die Fa.Erber den Ausstieg aus dem bezughabenden Vertrag mit dem Mobilfunk-Betreiber anstrebt und ersucht die Mitglieder des GR, an der Informationsveranstaltung am 8. April verlässlich teilzunehmen.

TOP 15.) Allfälliges

GR.Demmelbauer ersucht den Bürgermeister um Verständigung darüber, wann von der Raumordnungsbehörde die Besichtigung der Enduro-Übungsstrecke erfolgt und informiert über vermutete bewusste Fehlinformationen der berührten Grundanrainer durch die Initiatoren.

TOP 16.) Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über das Ergebnis der Feuerwehrwahlen der FF.Zell und FF.Blümling und bedankt sich bei den Kommandomitgliedern für ihre Kandidatur und bei den Mitgliedern der Feuerwehren insgesamt für deren Einsatzbereitschaft. Die Wahl der FF.Krena wird am 18. April erfolgen.

Im Februar ist die Endabnahme des Kreisverkehrs erfolgt. Derzeit werden vom Land Oö. die Kosten für die Sanierung der von der Gemeinde zu übernehmenden Teile der Griesbacher-Landesstraße ermittelt. Der errechnete Betrag soll der Gemeinde überwiesen werden; Auftraggeber für die Sanierungsmaßnahmen wird die Gemeinde sein.

Der Vorsitzende berichtet weiters über den Baufortschritt bei den Kanalbauarbeiten des BA 03 sowie über die getrennte Baudurchführung des Schmutzwasser- und Regenwasserkanals im Bereich der Andorferstraße, welche wegen der Geländeverhältnisse erforderlich ist. Für den Neubau des ASZ liegen die erforderlichen bau- und gewerberechtlichen Bewilligungen vor, sodass Anfang April mit dem Bau begonnen werden kann. Die Eröffnung des neuen ASZ wird im September 2008 erfolgen. Dipl.Ing.Warnecke wurde vom Bürgermeister mit der Planung des erforderlichen Kanalbaues beauftragt, welcher im Anhängerverfahren vergeben werden soll. Ebenfalls ist noch durch die Gemeinde der Anschluss an die Ortswasserleitung herzustellen.

Der Bürgermeister berichtet weiters an Hand des vom Gemeindeamt verfassten Aktenvermerks über das Ergebnis der Vorsprache beim Leiter der Gemeindeabteilung, Herrn HR.Gugler, vom 10.3.2008 betreffend die Bauhofkooperation mit der Marktgemeinde Riedau. Dabei wurde der Standort für den zukünftigen Bauhof auf dem Areal der bestehenden Quellehalle definitiv festgelegt.

Ein gerichtlich beeideter Bausachverständiger wird im Auftrag der Gemeinde bis Ende April eine Gebäudesubstanzanalyse erstellen und die Baustatik der Quellehalle prüfen.

Der nächste Verhandlungstermin mit HR.Gugler wurde für Anfang Juni 2008 anberaumt. Die Einschreibung im Kindergarten für das Kindergartenjahr 2008/2009 wurde für 31.3. und 1.4. anberaumt, sodass nach diesem Zeitpunkt auch die Frage über die Notwendigkeit der Fortführung der 4. Kindergartengruppe beantwortet werden kann.

Der Bürgermeister beabsichtigt für den 1. Mai 2008 im Zusammenwirken mit der Veranstaltung der Landjugend (Maibaumkraxeln) die offizielle Eröffnung des neuen Kinderspielplatzes zwischen VS und Kdg.

Der Bürgermeister berichtet weiters von der 1.Sitzung der Leader-Gemeinden sowie darüber, dass am 4.4. in der 3-Länder-Halle in Passau eine Präsentation der Gemeinde Zell/Pram, an der sich auch der Leiter des LBZ, Dr.Reininger, beteiligen wird, stattfindet.

Am 20. Juli wird im Rahmen des Klimabündnisses wiederum eine Öko-Staffel veranstaltet, die etwa um 12,00 Uhr in Zell/Pram vor dem Gemeindeamt empfangen werden wird. Repräsentanten der Gemeinde sollen sich an der anschließenden Rad-Etappe bis Dorf/Pram aktiv beteiligen.

Die Klimabündnisgemeinde Zell/Pram ist auch aufgerufen, den diesjährigen „autofreien Tag“ am 22.9. zu bewerben und anlässlich des „Tages der Sonne“ Aktivitäten zu setzen.

Die bereits länger geplante Jungbürger-Feier soll nunmehr definitiv am 9. Mai stattfinden. Abschließend gibt der Bürgermeister einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Bürgermeisterkonferenz vom 3. März 2008.